

nachrichten

Kommission hilft nicht gegen Korruption

Als ineffektive PR-Aktion lehnen Opposition und Bürgerrechtsgruppen die vom Präsident per Verordnung neu eingerichtete Kommission zur Korruptionsbekämpfung (National Anti-Corruption Commission-NACC) ab. Es bestehen mit der Presidential Commission against Graft and Corruption und der Verfassungsinstitution des Ombuds-

manns bereits zwei derartige Einrichtungen. Damit greife die NACC in die Rechte bestehender Verfassungsorgane ein und sei deshalb nicht verfassungsgemäß, urteilten oppositionelle Kongressabgeordnete. Die vorgesehene Vorsitzende der neuen Kommission, Haydee Yorac, hat den Posten ausgeschlagen.

Durch Berichte des »Philippine Center for Investigative

Journalism« über die Geschäftsaktivitäten des Präsidenten und seiner Familie war Estrada erneut unter Druck geraten, Rechenschaft über sein Finanzgebahren abzulegen.

vgl. PDI 27.7., 2.9., 10.9.00, PST 6.9., 7.9. u. 8.9.00.

Bessere Umfragewerte — schlechte Auslandspreise

Nach einem monatelangen Tief bei allen Umfragewerten ist die Popularität des Präsidenten wieder gestiegen. Im Vergleich zur letzten Umfrage im März lag die Rate der mit Estrada zufriedenen Bürger bei einer Umfrage von Pulse Asia um sechs Prozent höher. Die Popularität wurde im Juli kurz nach der Einnahme mehrerer MILF-Camps bei 1200 Befragten ermittelt, der Anstieg wird auf das »entschiedene Handeln des Präsidenten in Mindanao« zurückgeführt.

Dagegen haben die Philippinen in kurz nacheinander erschienenen Artikeln der Nachrichtenmagazine »Newsweek«, »Time« und »Asiaweek« durchweg schlecht abgeschnitten, sowohl was die Beurteilung der Regierung anbelangt, als auch hinsichtlich der Wirtschaftsleistung. In einem Sonderheft der amerikanischen »Newsweek« über das »neue Asien« firmieren die Philippinen unter dem Motto »ein Land rutscht ab«. Gebrandmarkt wurden in dem Artikel vor allem die Güstlingswirtschaft, die das Wirtschaftsklima vergifte. Bei seinem USA-Aufenthalt anlässlich des UN-Gipfels versuchte Estrada durch Treffen mit Wirtschaftsbossen und Beteuerungen der Stabilität PR-Punkte zu gewinnen.

vgl. PDI 16.8., 23.8. u. 25.8.00, PST 8.9.00., MBI 9.9.00.

Gerichte helfen nicht gegen Cronies

Während die Steuerbehörde BIR ihre voraussichtlichen Einnahmen für dieses Jahr nach unten korrigiert hat, verlor die Regierung ein Gerichtsverfahren wegen Steuerhinterziehung gegen Dante Tan, Industriemagnat, Wahlkampffinanzier und Freund des Präsidenten. Es gilt als erwiesen, dass die Verurteilung Tans aus formalen Gründen scheiterte, weil der

Präsident den Antrag auf Revision eines vorausgegangenen Urteils verzögert hat. In der Presse ist inzwischen von der »Übernahme des philippinischen Staates« durch Dante Tan die Rede, der offene Protektionismus für Tan mache alle Beteuerungen zur Öffnung der Märkte unglaubwürdig.

Tan und Danding Cojuangco, der andere Hauptfi-

nanzier des Präsidenten, hatten sich beim US-Besuch Estradas Ende Juli auch unter die offizielle Delegation gemischt. Die Weltbank mahnte, die Klärung des Steuerhinterziehungsfalles gehöre zu den vier wichtigen Aufgaben der Regierung um das Vertrauen in die Wirtschaft zu stärken.

vgl. PDI 1.8., 2.9. u. 4.9.00, PST 7.9.00, MTI 20.7.00, MBI 12.9.00.

Frieden schaffen mit Paramilitärs

Um die Truppen in Mindanao zu verstärken, hat die Regierung 7000 zusätzliche paramilitärische Kämpfer ausgerüstet, rund 3000 Kämpfer wurden in anderen Landesteilen angeworben, teilweise um nach Mindanao abgezogene reguläre Truppen zu ersetzen. Menschenrechtsgruppen und Kirchen protestierten gegen die Militarisierung der Gesellschaft ohne parlamentarisches Mandat und warnten vor einer Wiederholung von Menschen-

rechtsverletzungen durch Paramilitärs wie in der Vergangenheit.

Nach Plänen des Militärs sollen in diesem Jahr noch 20000 weitere Paramilitärs angeworben werden. Die Bezahlung der »Cagfus« (Citizens Armed Force Geographical Units) erfolgt aus dem Fonds des Präsidenten. In der Regel werden die Bürgerwehrkämpfer in ihren Heimatorten eingesetzt und liefern dem Militär wertvolle Ortskenntnis. Insgesamt

gibt es bereits rund 35000 solcher Cagfus, davon 24000 in Mindanao. Laut Militärführung sollen die Cagfus enger als früher von den lokalen Militärkommandos kontrolliert werden, um Missbräuche zu verhindern. Unterdessen haben sich an zahlreichen Orten in Mindanao wieder Zivilisten in eigener Regie bewaffnet, um die moslemischen Partisanen zu bekämpfen.

vgl. PDI 28.7., 29.7., 31.7., 5.8. u. 10.9.00, MTI 28.7.00, PST 28.7.00.

Waffenkampagne

Ihre Unterstützung für eine wiederbelebte Kampagne der Regierung gegen offene Feuerwaffen sagten mehrere hundert Amtsträger von Barangays zu. Allerdings forderten sie für sich selbst eine Ausnahme: Statt mit einem teuren Waffenschein wollen die Amtsträger der Barangays ihre Waffen wie Polizisten gegen eine offizielle Bescheinigung tragen dürfen.

vgl. PDI 5.8.00.

Militärgläubig

Die Medienberichterstattung über den Krieg in Mindanao stütze sich zu 90 Prozent auf Aussagen des Militärs und sei deshalb in Gefahr, einseitig und lückenhaft zu sein, bemängelten die Mitglieder des Bischof-Ulama Forums, in dem sich Bischöfe und muslimische Religionsführer treffen. Um dieses

Missverhältnis, das in einer Untersuchung eines Medienzentrums in Manila analysiert wurde, zu verändern, wird das Forum einen Pressedienst einrichten, der die Medien vielfältiger informiert, etwa über friedensstiftende Aktivitäten.

vgl. PDI 9.9.00

Autonomie oder Krieg

Unterschiedlichste Signale in verschiedene Richtungen sendet Nur Misuari, Gouverneur der »Autonomen Region in Muslim Mindanao« (ARMM) nach seiner Rückkehr in die Philippinen aus. Er war nach einer regierungskritischen Rede vor der OIC (Organisation islamischer Staaten) zwei Monate im Ausland geblieben.

Der Regierung empfiehlt er sich weiterhin als Verfechter einer Autonomie Mindanaos innerhalb der Philippinen, während die MILF (Muslim Islamic Liberation Front) staatli-

che Unabhängigkeit anstrebt, droht aber mit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfs der MNLF (Moro National Liberation Front), deren Vorsitzender er ist, sollte die muslimische Bevölkerung keine umfassende, echte Autonomie erhalten.

Derzeit wird sein Bericht über die Verwendung der Regierungsgelder für die ARMM vom Senat geprüft. Nach der Verschiebung der Neuwahlen in der Region mit begrenzter Autonomie auf Mai nächsten Jahres hängt es von der Ent-

scheidung Estradas ab, ob Misuari bis zu den Wahlen im Amt bleibt oder im September abgelöst wird. Bei Gesprächen am Rande des UN-Gipfels warb Präsident Estrada um Unterstützung für die Erlangung eines Beobachterstatus der Philippinen bei der OIC. Bisher ist Misuaris MNLF die einzige philippinische Organisation, die von der OIC anerkannt ist. (siehe auch S. 71)

vgl. PDI 15.8. u.16.8.00, MTI 9.9.00, MBI 9.9.00

Mehr Evakuierte, weniger Hilfe

Die Ausweitung der Kriegshandlungen zwischen Regierungstruppen und MILF-Kämpfern auf Gebiete weiter im Landesinneren hat die Zahl der Flüchtlinge ansteigen lassen. Wie Bischof Romulo Valles aus Kidapawan berichtete, haben allein in seiner Diözese in den letzten beiden Monaten

mehrere tausend Familien ihre Häuser verlassen, einige davon zum zweiten Mal. Auch in der Bischofsresidenz sei das Geschützfeuer zu hören gewesen, der Krieg sei keineswegs vorbei. Die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge allerdings habe nachgelassen, nur tröpfchenweise käme medizinische und

finanzielle Unterstützung. Präsident Estrada hatte während seines letzten Mindanao-Aufenthalts Mitte August die Flüchtlinge nur verbal zur Kenntnis genommen und war verschiedenen Aufforderungen, ein Evakuierungszentrum zu besuchen, nicht nachgekommen.

vgl. PDI 10.9.00.

Zukunftsplanungen: Plantagen

Zwei Gesetzesvorhaben, die demnächst verabschiedet werden sollen, machen die zunächst geforderten Ausnahmebefugnisse für den Präsidenten zur Beschleunigung von Wirtschaftsprjekten in Mindanao nicht mehr notwendig. So sollen Verordnungen mit aufschiebender Wirkung, etwa Baustopps, nur mehr vom Obersten Gerichtshof verhängt werden können. Unterschriftsreif ist auch ein Gesetz, das Konflikte um Wegerechte beschleunigt löst.

Auch Investoren, die im derzeitigen Kriegsgebiet Plantagen auf der Basis von Joint-ventures eröffnen möchten, sind schon gefunden. Laut Agrarreformminister Horacio Morales soll es Interessenten aus Deutschland, Italien, Tschechien, Singapur, Malaysia, China und Thailand geben. Der Minister wollte jedoch die Namen der interessierten Firmen nicht nennen. Die fraglichen Ländereien seien im Zuge der Agrarreform an muslimische

Besitzer gegeben worden. Im Rahmen der geplanten Joint-ventures sollen sie weiterhin Eigentümer des Landes bleiben, müssten aber die Ernte an die Betreiber der Plantage verkaufen. Landvertreibungen von Bauern werde es nicht geben, die Farmer würden als Investitionspartner bei dem Geschäft betrachtet, betonte Morales. (siehe S. 65ff)

vgl. PDI 28.7., 15.8. u.18.8.00, MBI 30.8.00

EU-Gelder für Agrarreform in Mindanao

Zu Unterstützung der Landreform im den Konfliktgebieten von Mindanao hat die Europäische Kommission 760 Millionen Pesos zugesagt. Die Gelder sollen Frieden und Entwicklung fördern, indem sie zur Armutsbekämpfung beitragen, heißt es in der Begründung der EU. Das Programm

in Zusammenarbeit mit dem philippinischen Agrarreformministerium soll 50 Dörfer in North Cotabato, Sultan Kudarat, Lanao del Sur und Lanao del Norte unterstützen, in denen die Agrarreform umgesetzt wird.

Heftige Reaktionen beim Agrarreformministerium löste

der Bericht einer gemeinsamen Fact-Finding-Mission von FIAN, der philippinischen Kleinbauernorganisation KMP und La Via Campesina aus, in dem die Fortschritte der Agrarreform kritisch beurteilt werden.

vgl. MTI 2.9.00.

nachrichten

Farmer ausgesperrt

Rund 400 Farmern wurde vom Wachpersonal der Philcomsat Inc. in Rizal der Zugang zu ihrem Land verweigert. Das Gebiet ist seit 1992 im Rahmen der Landreform im Besitz der Bauern, seit zwei Jahren werden sie jedoch immer wieder vom Wachpersonal der Philcomsat bedroht und davon abgehalten, ihr Land zu bearbeiten. Ein Teil des Farmlandes liegt innerhalb der Sicherheitszone der Firma, eine Ausnahme für diese Fläche von der Agrarreform war 1998 abgelehnt worden. Die Einrichtung der Sicherheitszone mit einem Radius von drei Kilometern rund um die Firmensitz stamme noch aus der Marcos-Zeit, sei aber heute ohne legale Basis, sagte Senator Juan Ponce Enrile, der einen großen Aktienanteil der Firma hält und von den Farmern um Hilfe gebeten worden war.

vgl. MBI 7.9.00.

US-Müllpolitik

Nur eine unverbindliche Erklärung für Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit und Umwelt brachten Präsident Estrada und US-Präsident Clinton zuwege. Das Dokument enthält keinerlei Bezugnahme auf die Beseitigung der giftigen Rückstände auf den ehemaligen US-Militärstützpunkten, die ein akutes Gesundheitsrisiko für die Bewohner/innen darstellen.

vgl. PDI 29.7.00.

nachrichten

Mitte Juli fanden mehrere hundert Menschen unter herabstürzenden Müllmassen von Payatas, einer offenen Deponie im Osten Manilas, einen grauenvollen Tod. Mehr als 200 Opfer wurden tot geborgen, rund 80 andere Bewohner der benachbarten Slumsiedlung bleiben vermisst.

Ans Tageslicht kamen auch zahlreiche unsaubere Tatbestände: Rund anderthalb Millionen Pesos monatlich sollen die Betreiber des Müllbergs von Müllabfuhrunternehmern kassiert haben, um die Wagen auf den jetzt eingestürzten Teil der Deponie zu lassen, dessen Grund in Privatbesitz ist. Zu den Betreibern der Deponie gehört Chuck Mathay, der Sohn des Bürgermeisters von Quezon City. Gegen ihn und einige andere wurde ein Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Direkt neben dem Areal liegt eine Slumsiedlung mit mehreren tausend Familien, die vor zwölf Jahren dorthin umgesiedelt worden waren. Achtzehn

Angehörige von Opfern haben eine Sammelklage auf Schadenersatz in Höhe von einer Milliarde Pesos eingereicht. 280 Familien sind inzwischen nach Montalban, Rizal umgesiedelt worden. Sie beklagten den Zustand der Betonhäuser ohne Strom- und Wasseranschluss und fehlende Einkommensmöglichkeiten vor Ort.

Die prekäre Situation der Deponie, auf die seit 1993 der Hauptteil von Manilas Müll gekippt wird, war bekannt. Präsident Estrada hatte die Schließung vor zwei Jahren angekündigt. Das Umweltministerium hat den Stadtverwaltungen von Metro Manila drei Jahre Zeit gegeben, um bis spätes-

tens Dezember 2001 die wilden Müllkippen in kontrollierte Deponien umzuwandeln. Inzwischen hat das Repräsentantenhaus ein neues Gesetz gebilligt, das Recycling zur Grundlage der Müllwirtschaft machen soll.

Die Müllbeseitigung liegt in der Verantwortung der Kommunen. Noch ungeklärt ist der weitere Verbleib von Manilas Müll. Berichten zufolge soll in der Nähe der abgerutschten Deponie auf einem Privatgrundstück bereits wieder eine neue wilde Kippe entstanden sein.

vgl. PDI 13.7., 15.7., 19.7., 1.8., 21.8. u. 24.8.00, MBI 28.4. u. 17.7.00, MTI 14.7. u. 16.7.2000.

Ölanbieter gegen Umweltgesetz

Unisono haben große und kleine Ölkonzerne eine Aufschubung der entscheidenden zweiten Phase des Luftreinhaltungsgesetzes gefordert, in der aromatischen Zusätze und Benzol im bleifreien Benzin und der Sulfurgehalt von Diesel reduziert werden müssen. Die Ölkonzerne machten geltend, sie könnten sich die zusätzlichen Investitionen nicht leisten um die geforderten Standards bis 2003 zu erfüllen.

Das Luftreinhaltungsgesetz war vom Parlament beschleunigt worden, weil in Metro Manila der Gehalt von Rauch- und Rußpartikeln fünfmal höher ist als der von der Weltgesundheitsorganisation als tolerierbare angesetzte Wert. Zwei der großen Anbieter, Petron und Shell, gehörten im vergangenen Jahr zu dem zehn Unternehmen mit den höchsten Gewinnen.

vgl. MBI 7.9.00, PST 24.7.00.

Investitionsrückgang

Um 90 Prozent niedrigere Investitionen sind in diesem Jahr im Vergleich zum ersten Halbjahr 1999 getätigt worden, wie das Board of Investments (BOI) bekannt gab. Das BOI setzte die Zielvorgabe für die diesjährigen Gesamtinvestitionen dementsprechend mit 21 Milliarden Pesos auf den niedrigsten Wert seit zwölf Jahren an. Bisher hatte sich Handelsminister Manuel Roxas geweigert, die monatlichen Investitionsraten zu beziffern.

Deutlich erfolgreicher sind dagegen die Zahlen aus den Exportproduktionszonen, die einen Anstieg der Investitionen um 211 Prozent verzeichnen, da sie größere Steuervorteile und andere Erleichterungen anbieten. Die Exporte von Produkten aus den Zonen stiegen um 34 Prozent, der Zuwachs erfolgte vor allem im Elektroniksektor.

vgl. PDI 3.7.00, PST 17.7.00, MTI 21.8. u. 2.9.00.

Peso schwach, Börse lahm

Stetig nach unten zeigt die Kurve des Pesowerts im Vergleich zum Dollar. In den vergangenen Monaten wurden mehrmals neue Rekordtiefs erreicht. Anfang September intervenierte die Zentralbank mit dem Verkauf von Dollarreserven. Das geringe Vertrauen in die Regierung wegen Korruption und Günstlingswirtschaft, sowie der Krieg in Mindanao werden für den schwachen Peso verantwortlich gemacht.

Negative Auswirkungen, etwa eine Erhöhung des Schuldendienstes, der in Dollar geleistet werden muss, verschlechtern die Finanzen der Regierung. Indes mahnte die

Weltbank, das Haushaltsdefizit im nächsten Jahr noch geringer zu halten.

Nach der notwendigen Einführung neuer Regeln für das Börsengeschäft sind die Aktivitäten im Aktienhandel drastisch zurückgegangen. So ist es nicht mehr erlaubt, wie bisher vielfach üblich, gleichzeitig an der Börse zu handeln und als Broker, also Vermittler von Aktiengeschäften, tätig zu sein. Mit Hilfe der US-Schatzbehörde sollen zusätzliche Richtlinien erarbeitet werden, um Geldwäsche auf den Philippinen zu erschweren.

vgl. PDI 9.8., 12.8. u. 8.9.00, PST 2.9. u. 8.9.00, MTI 10.9.00, MBI 29.8.00.

Nobelpreiskandidat

Shay Cullen und seine Stiftung PREDA in Olongapo sind von dem schottischen Parlamentsabgeordneten Nigel Griffiths für den diesjährigen Friedensnobelpreis nominiert worden. Cullen habe mitgeholfen, Gesetze zum Schutz von Kindern rund um die Welt zu verschärfen, lautet die Begründung. Der kolumbanische Priester aus Irland arbeitet seit 1969 auf den Philippinen, 1974 gründet er eine Einrichtung für gefährdete Jugendliche. Seit 1982 setzt Cullen sich mit einer klaren und harten Linie für die Verfolgung von Kindesvergewaltigern ein.

vgl. PREDA Newsletter 30.6.00.

Gefechte um Intramuros

Irreparable Schäden sind den historischen Mauern von Intramuros, dem alten Stadtkern Manilas, nach Ansicht von einer Gruppe von Denkmalschützern durch unzulässige Nutzung zugefügt worden. Der Verwalter von Intramuros soll sich nun wegen grober Nichtachtung der Auflagen für die historischen Bauten vor dem Ombudsmann verantworten. Der Beschuldigte verwies auf eine Mitwirkung der Tourismusministerin Gemma Araneeta-Cruz an den kritisierten Verträgen.

vgl. PDI 14.7.00.